

Notizen

Erfindungskraft und Einfälle seien heute in der Kirche gefordert – so *Hans Maier*, langjähriger bayerischer Kultusminister und ZdK-Präsident und heute Inhaber des Münchner „Guardini-Lehrstuhls“ für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie, in einem KNA-Interview anlässlich seines 60. Geburtstags am 18. Juni. Viele weltliche, kulturelle Wirkungen des Christentums seien heute in den modernen Staat, vor allem als Sozial- und Kulturstaat, übergegangen. Das Christentum werde nicht heftig bekämpft, sondern erscheine als überflüssig. Maier plädierte dafür, nicht bei gegenseitigen Schuldzuweisungen für die mangelnde Ausstrahlungskraft der Kirche in Westeuropa stehenzubleiben („Die Eltern auf den Religionsunterricht und die Religionslehrer auf die Eltern und beide auf die Amtskirche und die Amtskirche auf den Zeitgeist“); alle sollten versuchen, an ihrem Ort etwas zu erfinden. Man müsse die christliche Erfahrung immer an ihren entscheidenden Punkten fassen, dann werde das Christentum „lebendig, begeistert, anregend und verpflichtend“ bleiben.

Erzbischof *Josef Uhač*, seit 1984 Apostolischer Nuntius in der Bundesrepublik, wurde von Johannes Paul II. zum neuen Sekretär der römischen Kongregation für die Glaubensverbreitung ernannt. Er löst in diesem Kurienamt den philippinischen Erzbischof *José Sanchez* ab, der beim Konsistorium vom 28. Juni in das Kardinalskollegium aufgenommen wurde. Kardinal Sanchez wurde zum Präfekten der Kleruskongregation ernannt. Deren bisheriger Präfekt, Kardinal *Antonio Innocenti*, folgt dem deutschen Kurienkardinal *Augustin Mayer* in der Leitung der Päpstlichen Kommission „Ecclesia Dei“ nach. Diese Kommission wurde nach der Abspaltung der Lefebvre-Bewegung ins Leben gerufen, um sich der Priester bzw. Seminaristen anzunehmen, die nach den unerlaubten Bischofweihen durch den inzwischen verstorbenen Erzbischof dessen Bewegung verließen.

Der Wiener Weihbischof *Kurt Krenn* wurde von Johannes Paul II. zum Bischof von Sankt Pölten, der Hauptstadt von Niederösterreich, ernannt. Bischof Krenn, der in Sankt Pölten jetzt Bischof *Franz Žak* nachfolgt, trat in seiner bisherigen Position vor allem als scharfer Kritiker von „rechts“ der kirchlichen Entwicklung in Österreich in den letzten Jahrzehnten hervor. Seiner Meinung nach fehlt es der österreichischen Kirche an „katholischer Identität“. Durch seine oft polemisch-maßlose Kritik und seine deutliche Parteinahme für extrem konservative Gruppen wurde Krenn zu einem Hauptfaktor kirchlicher Polarisierung in Österreich. Gleichzeitig mit der Ernennung Krenns zum

Diözesanbischof wurde die Ernennung des in Fribourg Dogmatik lehrenden Dominikaners *Christoph Schönborn* zum neuen Wiener Weihbischof bekanntgegeben. Pater Schönborn, aus dem bekannten Adelsgeschlecht stammend, wurde in den letzten Jahren vor allem als Sekretär der Kommission für die Erarbeitung des „Weltkatechismus“ bekannt. Seine Berufung zum Bischof in Österreich galt schon seit einiger Zeit als wahrscheinlich.

In keiner anderen Frage sehe er die katholische Kirche die Regierenden derart eindeutig in die Pflicht nehmen wie in der Abtreibungsfrage, sagte der Paderborner Theologe und Psychotherapeut *Eugen Drewermann* in einem Interview der Bonner Tageszeitung „Die Welt“ (8. 7. 91). Dies schaffe den Eindruck, als wenn die Kirche immer noch weit mehr Verständnis für die Engpässe der Herrschenden als für die Not der einzelnen hätte. Gegen die kirchliche Haltung in der Frage der Schwangerschaftsabbrüche wandte Drewermann ein, entsprechend einer objektivistischen Definition von Gut und Böse werde bei dieser Sicht das Leben eines Menschen vom Kontext des Lebens seiner Mutter isoliert gesehen, und zwar auf allen Ebenen: biologisch, psychologisch und physiologisch.

Kritik an der Rolle der katholischen Kirche im nachkommunistischen Polen hat der Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Werner Remmers*, geübt. Offensichtlich tue sich die katholische Kirche in Polen schwer, selbständige katholische Initiativen zuzulassen. Gerade in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sei es wichtig, den Raum zwischen den Bürgern und dem Staat durch gesellschaftlich strukturierte Aktivitäten zu füllen. Daher sei es notwendig, daß sich katholisches Leben als eine gesellschaftliche Kraft in relativer Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der Amtskirche entfalte. Die katholische Kirche Polens – so Remmers – müsse lernen, sich der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu öffnen. Dazu gehöre es auch zu begreifen, daß Katholiken verschiedener Meinung sein könnten, ohne daß gleich ihre Liebe zur Kirche in Frage gestellt werden müßte.

Bei einer 1990 durchgeführten soziologischen Untersuchung über *Religiosität in der Sowjetunion* (veröffentlicht in der Zeitschrift „L'altra Europa“, Heft 3/1991) gaben insgesamt 30% der Befragten an, an Gott zu glauben. Die Umfrage wurde in den Regionen Moskau, Pskov, Smolensk und Charkov durchgeführt, wobei jeweils sowohl die großen Städte wie ländliche Gebiete der Region berücksichtigt wurden. Der Prozentsatz derjeni-

gen, die sich als „gläubig“ bezeichneten, betrug bei den 18- bis 24jährigen 22% und bei den über 60jährigen 54%. Der niedrigste Anteil ergab sich bei den 31 – 40jährigen mit 15%. In Dörfern bzw. Stadtvierteln mit Kirchen wichen die Werte nur unwesentlich von denen ohne Kirchen ab. Insgesamt bezeichneten sich 46% der Befragten als orthodox. Die Untersuchung sieht vor allem bei Gläubigen aus der jüngeren Generation und auch aus der Intelligenzschicht die Tendenz, sich nicht als orthodox, sondern in einem unpräzisen Sinn als christlich zu verstehen.

Eine Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen und der Konferenz Europäischer Kirchen besuchte Anfang Juli Albanien, wo sich die Religionsgemeinschaften nach Jahrzehnten totaler Unterdrückung jetzt wieder frei entfalten können. Das religiöse Leben habe die Jahre der Verfolgung verhältnismäßig unversehrt überstanden, sagten die Delegationsmitglieder nach ihrer Rückkehr. Gleichzeitig riefen sie zur Unterstützung der albanischen Christen bei der Erneuerung des kirchlichen Lebens auf. Die albanische Regierung wurde von den ökumenischen Organisationen aufgefordert, Eigentum von Religionsgemeinschaften, das von den Kommunisten entschädigungslos beschlagnahmt wurde, zu renovieren und an die früheren Eigentümer zurückzugeben. Die orthodoxe Kirche Albanien will den Angaben der Delegation zufolge dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der Konferenz Europäischer Kirchen beitreten und sich aktiv an der ökumenischen Arbeit beteiligen.

Am 4. Juli verabschiedete das tschechoslowakische Bundesparlament mit großer Mehrheit das „Gesetz über die Freiheit des religiösen Lebens und die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften“. Damit verfügt jetzt auch die ČSFR über ein neues Religionsgesetz, das die Epoche der kommunistischen Kirchenverfolgung und -kontrolle formell beendet und neue Grundlagen für das Wirken der Kirchen schafft. Nach Angaben des stellvertretenden Premierministers in der Debatte über das Religionsgesetz sind im böhmisch-mährischen Landesteil derzeit 18 verschiedene christliche Kirchen tätig, im slowakischen 13. Seit der Revolution Ende 1989 haben demnach 31 Männerorden und 48 Frauenorden ihre Arbeit in der ČSFR offiziell wiederaufgenommen; sie zählen zusammen mehr als 7000 Mitglieder. Nach einem Parlamentsbeschluss vom 18. Juli werden weitere 197 Gebäude an die Orden zurückgegeben.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe ist eine Verlegerbeilage beigelegt.